

cultures interactive e.V. / Mainzer Straße 11 / 12053 Berlin

An die
Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion

Per Email

Betreff:

Zivilgesellschaft & Demokratieförderung in der Bundesrepublik Deutschland

Verein zur interkulturellen
Bildung und Gewaltprävention

**Silke Baer
Harald Weilnöck**

Geschäftsleitung
Mainzer Straße 11
12053 Berlin

Fon: 030 – 60 40 19 50
Fax: 030 – 60 40 19 46

S.baer@cultures-interactive.de
weilnboeck@cultures-interactive.de
info@cultures-interactive.de
www.cultures-interactive.de

St.-Nr. 27 / 662 / 55189
Amtsgericht Charlottenburg
VR 25031 B

GLS Bank
IBAN:
DE54430609671109387100
BIC: GENODEM1GLS

Sehr geehrte/r Abgeordnete/r der CDU/CSU-Fraktion

über die Rolle der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland – und deren Bemühen, die Demokratie zu fördern und zu sichern – waren in letzter Zeit viele unterschiedliche Stimmen zu hören. Wir nahmen sie aufmerksam wahr; und einige dieser Stimmen machten uns in guter Weise nachdenklich.

Wir begreifen all dies als wertvolle Chance – und willkommene Gelegenheit für ein überfälliges Gespräch! Denn durch eine entschiedene Öffnung und Klärung in dieser wichtigen Auseinandersetzung können wir gemeinsam dahin gelangen, dass das insgesamt so beachtliche Bundesprogramm der Demokratieförderung bald auch ein umfassendes und allseitiges Vertrauen in der deutschen Öffentlichkeit erfahren kann.

Dies würde uns Ausführende/ Beschäftigte – als zivilgesellschaftliche Träger (NGOs), die in den Landes- und Bundesprogrammen und in den Kommunen aktiv tätig sind – in die Lage versetzen, unsere nicht einfache und häufig gefährliche Arbeit¹ dann auch mit allgemeiner Wertschätzung, persönlicher Sicherheit und guter Zuversicht tun zu können. Gerade seit kurzem erleben wir leider eher grimmige Anfeindungen und mitunter Morddrohungen.

Dieses gemeinsame Gespräch ist heutzutage umso wichtiger, da die Staatengemeinde der liberalen Demokratien weltweit – allen voran die USA – einer großen Gefährdung ausgesetzt ist, so dass man um den Erhalt der freiheitlichen und menschenrechtlichen Grundordnung in

¹ Leber/ Mertens/ Küpper (2025): „Bedrohung der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit“
https://www.hsniederrhein.de/fileadmin/dateien/Institute_und_Kompetenzzentren/SO.CON/Publikationen_und_Downloads/BEWARE_Bedrohung_der_zivilgesellschaftlichen_Demokratiearbeit_Kurzbericht_20240903.pdf

der sog. westlichen Welt fürchten muss. Nur ein breites gesellschaftliches Vertrauen in eine kluge und kooperative Demokratieförderung kann diese immer massiver werdende Gefährdung abwenden.

Sehr freuen würden wir uns deshalb, Sie in der kommenden Zeit für ein kurzes Gespräch hierüber besuchen zu dürfen.

()

Allerdings haben jüngst einige Stimmen in diesem Diskurs den Eindruck erweckt, sie wollten die Lauterkeit und fachlichen Fähigkeiten der zivilgesellschaftlichen Organisationen – der sog. NGOs – generell in Zweifel ziehen. Und betrüblicher Weise ist es inzwischen nicht nur in den USA sondern auch hier in Deutschland üblich geworden, gemeinnützige Vereine (bzw. NGOs) schlecht zu reden und zu verleumden.

Beinahe möchte man sich eine Brandmauer wünschen, die nicht nur die parlamentarische Demokratie als solche schützt, sondern die gerade auch deren lebendigstes Element, nämlich die zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit umfasst. Denn was noch übrig wäre, wenn diese abgewickelt würden, ist eine bloße Verwaltungsdemokratie. Dort würde der Staat nur noch mit wenigen staatsnahen NGOs zusammenarbeiten, auch weil deren Mitarbeitende kostengünstiger sind als staatliche Bedienstete und sich so Aufwendungen einsparen lassen. Jedoch ist die Lebens- und Überlebensfähigkeit solcher Verwaltungsdemokratien nicht sehr robust, sobald sie dann folgerichtig in Situationen der autokratischen Bedrängnis geraten.

Dennoch kann man angesichts einiger dieser Stimmen – und auch einiger sich früh abzeichnender Haushalts-Indikatoren, wie z.B. der gegenwärtigen Verpflichtungsermächtigungen – nicht umhin zu denken: Manche wollen das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ nicht nur inhaltlich neu überdenken und auf eine breitere Vertrauensbasis stellen. Sondern sie scheinen es heute – in einer Zeit, in der Demokratien massiv unter Druck stehen – schlanker Hand abwickeln zu wollen.

()

Deshalb kann es hier und heute hilfreich sein, sich diese Situation für Deutschland einmal probeweise konkret auszumalen: Welche unwiederbringlichen Schäden entstünden eigentlich, wenn die sogenannten NGOs der Demokratieförderung plötzlich weggestrichen würden?

Über zwanzig Jahre an Aufbauarbeit, Personalentwicklung, Qualifizierung, Materialerstellung, Anwendungserfahrung, Bildung von Netzwerken, bereichsübergreifenden Kooperationen mit staatlichen Institutionen, Regelstrukturen und lokaler Wirtschaft sowie praktischen Ressourcen – all dies würde verlustig gehen, wenn die Fachkräfte plötzlich nicht mehr zur Verfügung stünden.

Auch das Lernpotenzial für zukünftige Weiterentwicklungen des Programms wäre verloren. Denn im Grunde wurde „Demokratie leben!“ bisher künstlich klein gehalten und oft zerredet. Hatte doch eine gewisse parteienübergreifende Kleinmütigkeit und Verzagtheit seit über zehn Jahren dazu geführt, dass die Wirkungsmöglichkeiten unserer Arbeit noch viel zu sehr in jener Projektlogik festgehalten wurden. Demgegenüber könnte ein gemeinsames, vertrauensvolles Vorgehen – in einem starken Tandem von Staat und Zivilgesellschaft, jenseits der Reibungen im Verwaltungs- und Bund-Länder-Prozedere – in Zukunft endlich auch entschiedenere Wege vom Projekt zur Verfestigung in den sog. Regelstrukturen wagen.

Anstatt dessen versuchen heute Manche, die Zeichen in teils kleinlicher, teils hämischer Weise auf Abwicklung zu stellen.

Die damit verbundenen Verluste beträfen viele wichtige Praxisfragen:

- Wie kann man bei jungen Menschen und Erwachsenen auf nachhaltige Weise eine demokratische Persönlichkeitsentwicklung ermöglichen?
- Wie lässt sich eine Abkehr von destruktiven und antidemokratischen Lebensentwürfen bewirken?
- Wie kann den Leidtragenden von Übergriffen, Entwertung und Gewalt wieder aufgeholfen werden – und wie veranlasst man Täter:innen zu Verantwortungsübernahme und prosozialer Haltung?
- Wie können Institutionen in der Abwendung von Demokratiefeindlichkeit und gewaltförmigem Extremismus beraten und unterstützt werden? Wie kann dies in Schulen, Ausbildung/ Erwachsenenbildung, in Wirtschaftsunternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Bereichen erfolgen?
- Wie kann man die gesellschaftlichen Eliten unterstützen, ihre Verantwortung klarer zu sehen und wahrzunehmen? u.a.m. ...

All dieses methodische Wissen und praktische Können wären dezimiert oder einfach weg – und auch fortwährend verloren. Denn erfahrungsmäßig kann man dergleichen nicht einfach zurückholen, wenn man sich später besonnen hat. ‚They never come back!‘, heißt es über solche Fachkräftebewegungen.

Der Preis hierfür wäre unbezahlt! – Denn im Grunde geht es bei all dem um die Zukunftsfähigkeit des Lebens- und Wirtschaftsstandorts Deutschland in der heutigen Welt.

Man sollte sich also angesichts des Bundesprogramms nicht übereilen.

Deshalb noch mal im Einzelnen:

Wer übernimmt eigentlich die Verantwortung, wenn die Ergebnisse von Milliarden öffentlicher Förderung (während vieler Legislaturen seit 2001) plötzlich abgewickelt werden, nur weil einschlägig finanzierte Medien ein paar giftige Kraftsprüche der Verleumdung über NGOs verbreiten konnten – und die politischen Parteien der Bundesrepublik insgesamt nicht schnell genug zu Besonnenheit gelangt waren?

Wer soll in Zukunft diese schwierige praktische Arbeit leisten, wenn die persönlich hoch engagierten NGO-Arbeiter:innen letztlich eine ruhigere und auskömmlichere Beschäftigung gefunden haben, die zudem mit mehr Wertschätzung und weniger böswilligen Anfeindungen verbunden ist?

Welche Arbeitslosenversicherung soll eigentlich die Masse an Mitwirkenden der Demokratieförderung, die zunächst anfällt, gut abfedern können, ohne die Systeme unnötig zu belasten?

Und wer soll die langfristigen fachlichen und finanziellen Struktureinbußen ausgleichen? Denn NGOs sind eben kein „Komplex“, sondern ein stark wachstumsdynamischer Sektor in der internationalen Dienstleistungsökonomie, der großes fachliches und personelles Kapital bildet, weltweit gut vernetzt ist – und beachtliche Zuwachsraten hat. Will Deutschland in diesem Zukunftssektor einfach seinen Laden zu machen? – oder ihn vollkommen an die staatliche Zwangsleine legen? Und was für ein Zeichen sendete Deutschland damit in die Welt?

Wer soll z.B. erfolgreich die EU-Gelder nach Deutschland einwerben, die in diesen Bereichen für professionelle NGOs ausgelobt werden? Und wie ist es mit den globalen NGO-Netzwerken der zivilgesellschaftlichen Arbeit in der sog. freien westlichen Welt (z.B. im Umfeld von UN, OSZE u.a.)?

Umso besorgniserregender ist die mangelnde gedankliche Tiefe bei jenen NGO-feindlichen und teils verleumderischen Stimmen – so dass man sich manchmal fragen muss, ob sie und ihre Finanziers tatsächlich noch so richtig in der freien westlichen Welt beheimatet sind.

()

Man muss nur an die Nullerjahre zurückdenken, um sich zu erinnern, dass die Bundesprogramme aus der ernüchternden Erfahrung der Nachwendejahre entstanden sind, die uns aber einen durchaus gesamtdeutschen Spiegel vorhielten. Die beschlossene Förderung war damals ein im besten Sinne patriotischer Akt des gemeinsamen, überparteilichen Gewahrwerdens, dass Demokratie, Verfassungstreue und Rechtsstaatlichkeit sich nicht von alleine erhalten – sondern eine Infrastruktur und Know-how der Unterstützung und Hilfestellung brauchen.

„Demokratie leben!“ in seiner jetzigen Form ist international beispiellos, vielleicht respektiert und gibt berechtigten Anlass zum nationalen Stolz – auch wenn die Dinge natürlich immer noch besser werden können und müssen. Die EU-Kolleg:innen, mit denen wir sprechen, sind vor allem deshalb voller Respekt, weil sie im deutschen Bundesprogramm eine kluge Selbsterkenntnis wahrnehmen: Dass es uns nämlich seitens der westlichen Welt in 80 Jahren Zwischenkriegszeit bei weitem nicht genügend gelungen ist, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, damit die demokratischen, freien Staaten auch demokratisch und frei bleiben.

Die späte Einsicht und der politische Wille, sich darum systematisch zu kümmern, waren stets überparteilich gegeben.

Aus diesem Grunde abschließend noch zu jenem bedauerlichen Wort von den NGOs als „Vorfeldorganisation“ von politischen Parteien. Es ist, mit Verlaub, ein recht unkluges Wort, bei dem man spürt, dass die Sprecher:innen von sich auf andere schließen. Denn alle, die sich wirklich interessieren, können wissen: NGOs wie wir, Cultures Interactive e.V., und alle NGO-Kolleg:innen, die wir kennen, sind in den Bereich der gemeinnützigen Arbeit gegangen, gerade weil unsere professionelle Berufung über die Tätigkeit in der Parteipolitik hinauszielt.

Uns NGOs geht es zuvörderst um uns alle gemeinsam – um unser aller Demokratiefähigkeit und um die Entwicklung unseres Talents, in freien und komplexen Gesellschaften leben zu können und diese mitzustalten. Das ist unsere *raison d'être*.

Deshalb sprechen wir immer mit allen demokratischen Parteien, grundsätzlich, und wir laden immer alle ein (was nicht heißt, dass immer alle kommen).

Umso mehr würden wir uns über eine Gelegenheit freuen, Sie in der kommenden Zeit für ein Gespräch besuchen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Weilnböck & Silke Baer

11.11.2025